Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang

Mittwoch, 1. Juni 1921

Nummer 250 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 11 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8a/9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Zweck der Einwohnerwehren

Kampf gegen die Existenzmöglichkeit der Arbeiterklasse

Die Einwohnerwehrfrage in Bayern hat den Verlauf genommen, den wir stets vorausgesagt haben: Bayern löst seine Einwohnerwehren nicht auf. Die bayerische Regierung gehorcht vielmehr dem Diktat Escherichs, der in einer Versammlung der Kreis- und Gauhauptleute der Einwohnerwehren das Mäntelchen „von der unpolitischen Einwohnerwehr", die nur ein „Werkzeug" der Regierung Kahr sein wolle, fallen gelassen hat und auf dessen Anweisungen beschlossen wurde, wie weit die Regierung Kahr in der Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren gehen darf.

Welchen Zwecken die Einwohnerwehr dienen soll, das hat Kahr in seiner letzten Rede unverhüllt ausgesprochen. Er erklärte:

„Es ist ein Widerspruch in sich, wirtschaftliche Leistungen in dem verlangten Ausmaße zu fordern und gleichzeitig die Preisgabe der Selbstschutzorganisation zu verlangen, die die staatliche Ordnung garantieren, jene Ordnung, die solche wirtschaftlichen Leistungen möglich macht. Ich muß annehmen, daß die alliierten Mächte sich dieses Widerspruchs nicht bewußt geworden sind, weil sie nicht wissen, wie unsere Zustände sind, und weil sie unbelehrbar über Wesen und Ziel unserer Selbstschutzorganisation an ihrer Ansicht festhalten."

Danach sollen die Einwohnerwehren die äußere Möglichkeit schaffen, daß die großen Lasten der Wiedergutmachung entsprechend dem Willen der besitzenden Kreise einseitig den Massen der wirtschaftlich Schwachen auferlegt werden. Man will den Widerstand, den die Lohn- und Gehaltsempfänger üben müssen, weil sie ja nicht willenlos die völlige Verelendung über sich ergehen lassen können, mit Gewalt ersticken. Der Bestand der Einwohnerwehren ist jetzt also nicht mehr nur eine Gefahr für die republikanische Staatsform, sondern für die Existenzmöglichkeit der großen Masse der Bevölkerung überhaupt.

Unter diesen Umständen kommt es einer Herausforderung der gesamten deutschen Arbeiterklasse gleich, wenn die Reichsregierung sich dazu herbeigelassen hat, der Entente die „Gründe" gegen die Auflösung, die von den „hauptbeteiligten Landesregierungen", d. i. selbstverständlich nur die bayerische, zur Nachprüfung unterbreitet hat. Dieser Schritt der Reichsregierung ist nicht nur außenpolitisch verhängnisvoll, denn er erschüttert den Glauben an ihre Aufrichtigkeit zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen, sondern er muß auch innerpolitische Wirkungen auslösen.

Helfferich und Westarp

Niemand will zahlen

Der Plan des Reichswirtschaftsministeriums, die Lasten für die Wiedergutmachung zu einem erheblichen Teil durch eine Zwangsbeteiligung des Reiches an den vorhandenen Goldwerten: Grundbesitz, Industrie, Handel und Banken aufzubringen, hat naturgemäß die gewohnheitsmäßigen Steuerhinterzieher sofort auf den Plan gerufen. Sie erkennen die Gefahr, die ihnen droht. Steuergesetze scheuen sie nicht, denn indirekte Steuern auf den Verbrauch werden abgewälzt und sind zum Teil noch ein gutes Geschäft für ihren Geldbeutel. Besitzsteuern aber haben die besitzenden Kreise bisher ebenfalls zu einem erheblichen Teil zu hinterziehen gewußt, die sind also auch, trotz der hohen Sätze, keine unerträgliche Belastung.

Die Eintragung von Hypotheken auf den landwirtschaftlichen und städtischen Grundbesitz, die Beteiligung des Reiches an den Industrie- und sonstigen Werten aber wäre viel schwerer zu umgehen. Helfferich und Westarp, die Führer des Blockes der Steuerscheuen, bemühen sich deshalb um den Nachweis, daß die vom Wirtschaftsministerium in Vorschlag gebrachten Maßnahmen die Versklavung Deutschlands an die Entente bedeuten würde. Aber weit mehr als das irgend jemand jetzt zu tun vermöchte, haben die Westarp und Helfferich die Schuld, daß Deutschland jetzt so große Lasten an die Entente leisten muß.

Nach der Annahme des Ultimatums aber handelt es sich auch nur darum, von wem die Lasten getragen werden sollen, die aufgebracht werden müssen, wenn nicht die politische und wirtschaftliche Zerstückelung Deutschlands, trotz der Annahme des Ultimatums, eintreten soll. Sollen wiederum Lohn- und Gehaltsempfänger trotz ihrer Leistungsunfähigkeit belastet werden, oder sollen endlich einmal auch die leistungsfähigen Schultern Lasten auf sich nehmen. Und weil der Plan des Wirtschaftsministeriums die Heranziehung der Goldwertbesitzer zu diesen Lasten enthält, deshalb das Toben dieser Kreise gegen diese Pläne. Aber sowohl Helfferichs als auch Westarps Stellung lassen die Erkenntnis von der Schwäche ihrer Position deutlich verspüren.

Sie greifen deshalb, wie immer zu dem Mittel der Entstellung und der Lüge. Sie behaupten, daß der Plan des Wirtschaftsministeriums eine vollständige Enteignung der Grundbesitzer sei, die einer Konfiskation des gesamten Grundbesitzes ohne Entschädigung gleichkomme. In Wirklichkeit ist der Wert der in Aussicht genommenen Abgabe nur ein Fünftel des wirklichen Wertes der Grundstücke, bleibt also weit hinter dem zurück, was, nach unserer Ueberzeugung, von den durch die Not der Massen wohlhabend gewordenen Grundbesitzern zu nehmen wäre.

Daß die Industrie, die Bank- und Handelsunternehmungen die Lasten, die mit der Zwangsbeteiligung des Reiches verbunden wären, nicht zu tragen vermögen, wagen selbst Helfferich und Westarp nicht zu behaupten. Das ist das, wenn auch unausgesprochene Eingeständnis, daß diese Kreise kräftig herangeholt werden müssen, und man wird nur zweifelhaft sein können, ob die Beteiligung des Staates bei denjenigen Unternehmungen, die in den letzten Jahren ihren Wert ungeheuer gesteigert haben, nicht noch größer als beabsichtigt, sein kann.

Je kräftiger die Besitzenden herangezogen werden, um so größer wird die Aussicht auf leichte Erfüllbarkeit der wirtschaftlichen Forderungen der Entente und auf Vermeidung weiterer Belastungen des Verbrauchs der Massen sein. Aber Helfferich und Westarp wollen weder das eine noch das andere. Sie wollen die Besitzenden vor den Lasten schützen, selbst auf die Gefahr des wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs Deutschlands hin.

Vertrauensvotum für Briand im Senat

Paris, 31. Mai.

Im Senat brachte Hery eine Resolution ein, wonach der Senat verlangen soll, daß die Londoner Beschlüsse, die gemeinsam mit der Reparationskommission gefaßt worden seien, dem Finanzausschuß und dem Ausschuß für Auswärtige Angelgenheiten mitgeteilt werden sollen, damit diese Ausschüsse untersuchen, ob die erwähnten Entscheidungen eine Abänderung des Vertrages bedeuteten und infolgedessen der Genehmigung des Parlaments bedürften.

Nachdem Hery seinen Antrag begründet hatte, ergriff Ministerpräsident Briand das Wort. Er sagte, 132 Milliarden Goldmark seien 270 Milliarden Franken, und **das sei doch immerhin eine schöne Summe Geldes.** Durch den Vertrag werde bestimmt, daß Deutschland als verantwortlicher Teil alles bezahlen müsse. Da es dies aber nicht könne, so habe man ihm einen Teil seiner Schuld erlassen. Das sei der Vertrag, den die gegenwärtige Regierung anzuwenden habe. Sie habe alles daraus gemacht, was sich daraus machen ließ. Die Reparationskommission habe ihre Arbeiten in voller Unabhängigkeit vollendet und Deutschland das Ergebnis mitgeteilt; Deutschland habe angenommen. Wenn man erkläre, daß es sich bei den Beschlüssen um eine Abänderung des Vertrages handele, dann würden weder der Friedensvertrag noch die Reparationskommission existieren. Diese Politik würde aber dazu führen, daß Frankreich isoliert würde. Die Regierung stelle darum unzweideutig die Vertrauensfrage, lehne aber selbstverständlich den Antrag Hery ab. Die Resolution Hery wurde darauf **mit 269 gegen 8 Stimmen abgelehnt.**

Das Budget der Ausgaben, die von Deutschland zurückerstattet werden sollen, wurde vom Senat angenommen und an die Kammer zurückverwiesen. Die Kammer nahm in einer Nachtsitzung um 10 Uhr 35 Minuten die Beratung des Budgets auf.

Paris, 1. Juni.

Das Einverständnis zwischen Kammer und Senat über eine Herabsetzung der Ausgaben, deren Rückerstattung Deutschland zufällt, im Betrage von 203 Millionen, die der Senat angenommen hat, ist um Mitternacht erzielt worden. Der Budgettitel wurde alsdann auch vom Senat angenommen. Finanzminister Doumer hat in der Kammer auf Anfrage erklärt, die Kosten für die Mobilisierung der Jahresklasse 1919 fielen Deutschland zu.

Der Umsturz in Portugal

Aus Madrid wird uns unter dem 25. Mai geschrieben: Die Nachrichten aus Portugal sind verwirrt und widersprechend. Einige davon, die wir durch die Berichte zweier durchreisender, gestern hier angekommener Freunde nachprüfen konnten, lauten folgendermaßen:

Am 21. d. M. sammelte sich Infanterie und Artillerie mit Kanonen und Maschinengewehren nahe am Palais Belem, während das Parlament tagte. Die Kundgebung bezweckte den Protest gegen gewisse Regierungsmaßnahmen, besonders gegen die Abberufung des Kommandanten Marreiro und die Versetzung einiger Offiziere der republikanischen Garde nach anderen Garnisonen. Der Präsident der Republik, Herr Antonio Jose d'Almeida, ließ den Anführer der revolutionären Kräfte, Kapitän Monteiro, zu sich rufen, welcher bestätigte, daß das „Revolutionäre Komitee" aus dem Admiral Machado dos Santos, dem Obersten Liberato Pinto und dem Kommandanten Marreiro zusammengesetzt ist. Das Komitee forderte den Rücktritt des Kabinetts Machado, des ehemaligen Präsidenten der Republik, und die sofortige Auflösung des Parlaments.

Der Präsident teilte den Revolutionären mit, daß das Kabinett seine Demission eingereicht hätte. Bezüglich der Auflösung des Parlaments müsse er den Präsidenten der Kammer und die Leiter der politischen Parteien befragen. Die Revolutionäre sollen den Standpunkt des Präsidenten angenommen und ihm die Lösung der Krise anvertraut haben.

Mittlerweile reiste der Minister der öffentlichen Bildung, Herr Julius Martins, der der letzten Beratung nicht beigewohnt hatte und vom Rücktritt der Regierung nichts zu wissen behauptete, als er hörte, daß eine Kundgebung stattgefunden habe, unverzüglich ins Arsenal, schiffte sich an Bord des Panzerschiffes „Vasco de Gama" ein und übernahm das Kommando über die Flotte. Es scheint sich zu bestätigen, daß die Genietruppen auf Seite der Regierung Machados stehen, während der Rest der Garnison Lissabon und der wichtigen Provinzgarnisonen die Aufrührer unterstützen. Es scheint auch sicher, daß die monarchistischen Elemente nicht an der Bewegung teilgenommen haben.

Es würde sich also um einen neuen Streitfall — den neunten oder zehnten während der elf Jahre der republikanischen Regierung — zwischen feindlichen Brüdern handeln, der immer durch einen Ausbruch der Unzufriedenheit einiger hoher Militärs über ihr Avancement beginnt und unfehlbar mit der Verleihung einer beträchtlichen Anzahl von Belohnungen an die aufrührerischen Führer und ihre Freunde endigt.

Die letzten, heute von der portugiesischen Grenze eingegangenen Nachrichten besagen, daß mehrere ministerielle Zusammenstellungen versucht, aber alle gescheitert sind. Angesichts dieser schlimmen Sachlage habe man ein Kabinett von drei Personen gebildet: General Silveira, der Kriegsminister bleibt, M. Mello Barreto, als auswärtiger Minister, und M. Barros Queiroz, der den Vorsitz und alle anderen Ministerien übernehmen würde.

Wie ist jetzt die Lage? Die Monarchie hat Portugal ein sehr trauriges Erbe hinterlassen. Die Republik hat mit seiner Liquidation eine schwere Aufgabe übernehmen müssen, die sie noch nicht überwunden hat. Während der letzten Regierungszeit König Karls gab es in Portugal zwei große politische Parteien unter der Leitung von zwei ehrgeizigen Männern, die die unterwürfigsten Diener des Königtums waren. Es waren Jose Luciano de Castro und Hintze Ribeiro. Wenn Castro Präsident des Rates war, stand Ribeiro an der Spitze der Bank „Credito Predial", und wenn Castro die Regierung verließ, übernahm er den Vorsitz des „Credito Predial", um Ribeiro das neue Ministerium zu überlassen. Dieses Spiel dauerte mehrere Jahre lang. Es bezweckte hauptsächlich, dem König durch den „Credito Predial" die beträchtlichen Summen zu verschaffen, die man „Vorschuß" nannte; denn der arme Mann fand, daß seine Zivilliste seinen Ansprüchen nicht genügte. In Wirklichkeit konnte die Bank über die Summen, die sie dem König vorschoß, nicht verfügen; aber die einzige, die die Bank prüfen — und notfalls gesetzlich eingreifen — konnte und sollte, war die Regierung, und diese steckte immer unter einer Decke mit dem Direktor des Credito. Die Angelegenheit der „Vorschüsse" wurde schließlich eine Gaunerei, die einen fürchterlichen Skandal hervorrief.

Freitag, den 3. Juni, abends 7 Uhr, in der Stadtgemeinde Berlin

25 öffentliche Volks-Versammlungen

Thema: Das Regierungsprogramm und die Arbeiterschaft

Um das Eingreifen des Volkes in die öffentlichen Angelegenheiten zu verhindern, übertrug König Karl dem Joao Franco die Leitung der Regierung mit diktatorischen Vollmachten. Die Diktatur dauerte nur wenige Monate; denn am 2. Februar 1908 wurden der König und der Erbprinz in den Straßen von Lissabon getötet und M. Franco ziemlich schwer verwundet. Darauf bestieg der zweite Sohn Carls I., der König Manuel, den Thron. Manuel II. regierte etwas über zwei Jahre; am 5. Oktober 1910 stürzte ihn ein revolutionärer Aufstand und stellte das gegenwärtige republikanische Regime her.

Die Republik befand sich sofort vor dem schwierigen Problem: Portugal hat ein großes Kolonialreich; die Kolonien stehen nicht unter portugiesischer Währung, sie befinden sich in einer traurigen Lage. Um eine moderne Kolonialpolitik zu treiben, müßte man über ein großes Budget verfügen. Und um über ein großes Budget zu verfügen — auf welchem die schwere, durch die Monarchie verursachte Schuldenlast lag —, müßten die Kolonien viel einbringen. In diesem eisernen Ring befand sich die neue Regierung. Um herauszukommen, hätte sie eine ihrer großen Kolonien, Mozambique oder Angola, abtreten oder verpachten müssen. Aber kein einziger republikanischer Führer kann diese Frage vor dem Lande aufwerfen. Alle fürchten, daß die portugiesische Eigenliebe sich erheben und die republikanische Regierung des Antipatriotismus und Handlungen, die die Monarchie niemals gewagt haben würde, bezichtigen würde. Keiner der republikanischen Männer, keine der Gruppen, die angeblich die öffentliche Meinung Portugals vertraten, fühlte sich stark genug, das Problem in seiner ganzen Tragweite vor dem Volke aufzurollen und es gemäß den Interessen des Landes zu lösen.

Diese schreckliche Finanzlage vergiftet das Leben Portugals in allen seinen Teilen. Das Land siecht dahin in Elend und Verzweiflung. Die politischen Parteien klagen sich gegenseitig der Nichtzuständigkeit an, und Abenteurer finden immer Mittel, um sich einen Weg durch die allgemeine Verwirrung zu bahnen. Unter den demokratischen Gruppen zählen die Demokraten bei weitem die größte Zahl von Anhängern und von befähigten Köpfen, z. B. Bernardino Machado, früherer Präsident der Republik; M. Alfonso Costa, früherer Präsident des Rates; M. Joao Chagas, der jetzige Gesandte Portugals in Paris, und andere; aber diese Partei hat das große Unrecht begangen, die Arbeiterklasse zu mißachten und zu verfolgen und sich auf die Geheimgesellschaften (carbonari) und einige Berufsoffiziere der Armee und der Marine zu stützen. Dem ausgebeuteten, verfolgten und verhöhnten Proletariat ist es seinerseits nicht gelungen, starke Organisationen aufzubauen; es ist in verschiedene Organisationen zersplittert.

Seit der Errichtung der Republik vor elf Jahren befindet sich Portugal also in vollem Bürgerkrieg. Ein Militärputsch löst den anderen ab, und die Arbeiterbewegungen enden nur zu oft mit dem nutzlosen Opfer einzelner und der Verzweiflung der großen Masse. Doch ist das edle und großherzige portugiesische Volk eines besseren Schicksals wert. Die internationale Arbeiterbewegung, die nicht weiß, was in Portugal geschieht, sollte sich des portugiesischen Proletariats annehmen. Was weder die portugiesische Bourgeoisie noch die Diplomatie der Großmächte erreichen konnten, wird durch die internationale Solidarität der Arbeiter erreicht werden.

*

Zu den Unruhen in Portugal wird uns weiter unter dem 27. Mai aus Madrid geschrieben:

Vor der Bildung des Kabinetts Barros Queiroz entstand eine neue militärische Bewegung, verschieden von der, die den Sturz des Ministeriums Bernardino Machado verursacht hat. Die Marine einerseits, und anscheinend die republikanische Garde andererseits waren nicht einverstanden mit den Bedingungen des „revolutionären Komitees", das aus den Führern der Landtruppen und den Vertretern der politischen Gruppen zusammengesetzt war.

Am letzten Sonntag nachmittag war die Lage außerordentlich ernst. Mehr als 18 000 Mann waren mobilisiert und besetzten die strategischen Punkte Lissabons. Das Ministerium des Innern war von Kriegsmarinetruppen besetzt, die dorthin ihr Hauptquartier gelegt hatten. Die republikanische Garde besetzte das Schlachthaus. Die Kräfte des revolutionären Komitees waren in Campolide und im Park Eduards VII. konzentriert. Mehrmals fürchtete man, daß ein Zusammenstoß zwischen den Kräften, die die berühmte Rotunda, wo sich 1910 der entscheidende Kampf um die Errichtung der Republik abspielte, zu besetzten trachteten, und denen im Park Eduards VII. stattfinden würde. Nach sehr bewegten Verhandlungen zwischen einem Abgesandten des Kapitäns Freitas, des Kommandeurs der Marinekräfte, und dem Kapitän Pires Monteiro, dem Führer der Kräfte, die das revolutionäre Komitee stützten, wurde um 5 Uhr am Montagmorgen, den 23. d. M., folgendes Abkommen getroffen:

M. Barros Queiroz wird beauftragt, das neue Kabinett zu bilden. Es soll sofort nach seinem Antritt zur Auflösung des Parlaments schreiten. Die demokratische Partei, deren Führer M. Alfonso Costa ist, stützt die neue Regierung. Diese Vereinbarung wurde den Truppen um ½6 Uhr morgens mitgeteilt, worauf sie in ihre Kasernen zurückkehrten.

Nach all diesem konnte man annehmen, daß die Differenzen, die den Sturz des Kabinetts Machado verursacht hatten, endgültig geregelt und die Ruhe wiederhergestellt sei. Aber leider ist dem nicht so. Es wird mitgeteilt, daß M. Alvaro de Castro, der Kriegsminister des früheren Kabinetts, beabsichtigt, seine Freunde zusammenzurufen und ihnen seine Meinung über den Abschluß der Krise mitzuteilen. M. Castro beabsichtige eine Veröffentlichung herauszugeben, welcher man große Bedeutung beimißt. Außerdem scheint die demokratische Partei durchaus nicht geneigt zu sein, mit M. Barros Queiroz zusammenzuarbeiten. Endlich wird versichert, daß mehrere Abgeordnete der demokratischen Partei beabsichtigen, einen energischen Protest abzugeben, sobald der Präsident des Rates sich anschicke, gemäß der Uebereinkunft das Parlament aufzulösen.

Alles scheint darauf hinauszulaufen, daß das Ministerium Barros Queiroz eine Totgeburt ist, und daß die Reihe der Staatsstreiche und der Militär„kundgebungen" leider in Portugal noch nicht vorüber ist.

Ein berufener Kronzeuge

In der „Roten Fahne" versucht Wilhelm Piek die Schuld der U. S. P. D. am Januarputsch 1919 nachzuweisen. Dieser Mann ist in der Tat berufen, über den Januarputsch ein objektives Urteil zu fällen, denn er ist der befähigste Putschist innerhalb der V. K. P. D. und war es schon seit dem Bestehen des Spartakusbundes.

Die U. S. P. D. hat als Partei sich ihrer Rolle in jenen denkwürdigen Tagen nicht zu schämen. Sie hat die Arbeiter zum Generalstreik aufgerufen, weil sie in der Absetzung des Polizeipräsidenten Eichhorn einen Gewaltstreich erblickte und zugleich den planmäßigen Versuch, mit den Errungenschaften der Revolution aufzuräumen und einen Pack zu schließen zwischen Bürgertum und Rechtssozialisten gegen die revolutionären Arbeiter.

Diesen Plan zu durchkreuzen war nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der U. S. P. D. Aber nicht verantworten konnte sie die kommunistischen Exerzitien im Zeitungsviertel, die politisch betrachtet — unklug und militärisch gesehen, ein ausgemachter Blödsinn waren. Den Mißerfolg dieses Unternehmens sicher vor Augen, hat die U. S. P. D. Verhandlungen mit der Regierung angebahnt, nicht um die Bewegung zu „vereiteln", sondern um unnützes Blutvergießen zu vermeiden und die Arbeiter vor einer Niederlage zu bewahren.

Das höhere Verantwortlichkeitsgefühl, welches damals unsere Partei an den Tag legte, kannten die Kommunisten nicht, kannte am wenigsten Herr Wilhelm Piek, und deshalb waren diese Herrschaften auch für das Weiterkämpfen bis zum Weißbluten, ungeachtet der schweren Schäden, die daraus der gesamten revolutionären Bewegung erwachsen mußten.

Der Märzputsch 1921 zeigt, daß die Kommunisten in der Zwischenzeit nichts gelernt haben und daß insbesondere Herr Wilhelm Piek sich nach wie vor als putschistischer Einbläser glänzend bewährt.

Der Prozeß gegen Heinrich Brandler wegen des bekannten Aufrufs in der „Roten Fahne" vom 24. März, der auch als Flugblatt verbreitet wurde, beginnt am Montag vor dem Sondergericht des Landgerichts I. Die Anklage lautet auf Hochverrat, Aufreizung zum Klassenhaß und Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze.

Das Reichsmietengesetz

Reichsarbeitsminister und Reichsjustizminister haben dem Reichstag jetzt den lange angekündigten Entwurf eines Reichsmietengesetzes vorgelegt. Das Gesetz hält an der Zwangswirtschaft auf dem Gebiet der Mietspreisbildung fest, wie sie durch die Wohnungsnot nicht nur in Großstädten und Industrieorten, sondern in gleichem Maße auf dem flachen Lande, in Mittel- und Kleinstädten besteht. Nach dem Entwurf kann der Vermieter wie der Mieter jederzeit, also auch während der vereinbarten Vertragsdauer, die Festsetzung der gesetzlichen Miete verlangen über die, wenn die Parteien sich nicht einigen, das Einigungsamt entscheidet. Die gesetzliche Miete wird in der Weise berechnet, daß zu der Friedensmiete vom 1. Juli 1914 Zuschläge treten, die der allgemeinen Steigerung der Betriebskosten und der Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten entsprechen. Von den laufenden Instandsetzungsarbeiten unterscheidet das Gesetz die großen Instandsetzungsarbeiten, wie Erneuerung der Dachrinnen und Ablaufrohre, Umdecken des Daches, Abputz oder Anstrich des Hauses, Anstrich des Treppenhauses, Erneuerung der Heizanlage bei Sammelheizung und Warmwasserversorgung. Für die großen Instandsetzungsarbeiten kann das Einigungsamt auf Antrag des Vermieters den Mietern einen weiteren Zuschlag zur Miete für Verzinsung und Tilgung des aufgewandten Kapitals aufgeben. Wenn der Vermieter notwendige laufende Instandsetzungsarbeiten unterläßt, kann angeordnet werden, daß die Mieter einen entsprechenden Teil der Miete nicht an den Vermieter, sondern an eine andere Stelle entrichten. Für gewerbliche Betriebe können besondere Zuschläge festgesetzt werden, wenn sie besonders hohe Betriebs- und Instandsetzungskosten erfordern. Wichtig ist die Bestimmung, daß bei Weitervermietung die Miete des Untermieters unter Berücksichtigung von Nebenleistungen (Ueberlassung von Möbeln, Leistung von Diensten) in einem angemessenen Verhältnis zu dem auf den Raum entfallenden Teil der Hauptmiete stehen muß. Das Einigungsamt kann also künftig auch für möblierte Wohnungen und Zimmer die Miete festsetzen. Gerade auf diesem Gebiet wird vielfach ein großer Mißbrauch getrieben. Besondere Bestimmungen gelten dem Mieterausschuß, der unter Umständen ein Mitwirkungsrecht bei Beschaffung, Lagerung und Verwendung der Heizstoffe hat. Auf Neubauten und Umbauten, die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind, findet das Gesetz keine Anwendung.

Wir werden in den nächsten Tagen eine eingehende kritische Besprechung des Entwurfs veröffentlichen.

Tagung des Obersten Rates

London, 31. Mai.

Wie Reuter erfährt, geht der letzte Vorschlag der englischen Regierung dahin, daß die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates in der Mitte nächster Woche in Boulogne stattfindet. Auf der Tagesordnung steht Oberschlesien, möglicherweise auch Prüfung der Sanktionen. Außerdem ist nicht unwahrscheinlich, daß auch die durch die Regierung von Angora geschaffene Lage besprochen werden wird. Es ist sicher, daß die Vereinigten Staaten und Japan vertreten sein werden.

Amerika und der Versailler Vertrag

Paris, 1. Juni.

„New York Herald" will aus guter Quelle in New York erfahren haben, daß Staatssekretär Hughes und Handelssekretär Hoover sich bemüht hätten, den Friedensvertrag zu einem für den Ausschuß des Senats für auswärtige Angelegenheiten annehmbaren Dokument umzugestalten, das Unternehmen jedoch als unmöglich aufgegeben hätten. Beide erklärten sich jetzt für einen Vertrag, der die amerikanischen Rechte durch besondere Klauseln schütze. Eine derselben solle bestimmen, daß Deutschland den Vereinigten Staaten das Recht zuerkennt, in der Frage der Kabelverteilung, die den alliierten oder assoziierten Nationen abgetreten worden sind, mitzusprechen. Durch eine zweite Klausel solle Deutschland den Vereinigten Staaten das Recht zuerkennen, bei der Verteilung der ehemals deutschen Kolonien, die den alliierten und assoziierten Nationen abgetreten sind, gleichfalls mitzuentscheiden. Endlich soll Deutschland durch eine dritte Klausel die Gültigkeit der Beschlagnahme der deutschen Güter in den Vereinigten Staaten anerkennen.

Zum englischen Bergarbeiterstreik

Die Stimme eines Konsumenten

Von G. B. Shaw

Während des englischen Bergarbeiterstreiks schrieb G. B. S. die folgenden scharfsatirischen Betrachtungen für das liberale Blatt „Daily News", in denen er sich für die Forderungen der Bergarbeiter, gegen die Profitinteressen der Bergwerksbesitzer und gegen das einfältige, sich selbst schädigende Verhalten der Konsumentenmasse aussprach. Wir geben den Artikel nach der „Auslandspost" wieder, und wie schon öfters können wir auch hier wiederum die Frage nicht unterdrücken: Wo sind denn die deutschen Intellektuellen von Rang, die es wagen würden, unseren Bergarbeitern in so entschiedener Weise zur Seite zu stehen?

Die Nation ist durch die Regierung zu den Waffen gerufen auf meine, des Steuerzahlers Kosten, um mich zu zwingen, den höchstmöglichsten Preis für meine Feuerung zu zahlen, und um die Bergarbeiter zu zwingen, den möglichst niedrigsten Preis für ihre Arbeit anzunehmen. Da ich kein Bergwerksbesitzer bin, protestiere ich. Ich fühle, daß die Regierung mich mißversteht. Ich brauche meine Kohlen zum möglichst niedrigsten Preis; und ich wünsche, daß die Bergarbeiter solche Löhne erhalten, daß sie mir nicht zur Last fallen, wenn sie alt sind, und daß sie ihre Kinder den Gefängnissen und öffentlichen Krankenhäusern und all den anderen Asylen für Armut und deren Konsequenzen fernhalten können, für die ich gleichfalls zu zahlen habe.

Der niedrigste Kohlenpreis, der möglich ist, ist gleich den Produktionskosten. In einigen Minen, wo die Kohle in reichen Mengen vorhanden und leicht zugänglich ist, sind die Kosten relativ gering. In anderen, wo der Häuer es meilenweit vom Stollen bis zur Erdoberfläche hat und wo der Betrieb eine Ausdehnung von über 30 Meilen hat, bisweilen unter der See, sind die Kosten relativ hoch. Ich verwahre mich dagegen, die Produktionskosten des letzteren Falles für Kohle zu zahlen, die unter den besseren Bedingungen gefördert ist. Ich erwarte nicht, daß ich unter den letztgenannten Bedingungen geförderte Kohle zu den Produktionskosten im ersteren Falle erhalte. Ich verwahre mich dagegen, dem einen Bergwerksbesitzer einen enormen Gewinn zu zahlen; und erlege ich dem anderen einen schweren Verlust auf, so wird er sein Bergwerk aufgeben und eine Kohlenknappheit wird die Folge sein, die sie noch teurer macht als bisher. Ich verlange, daß die Kosten auf die gesamte Förderung verteilt werden und daß die Profite zusammengetan (pooled) werden. Ich verlange, daß die Löhne, wie die Profite zusammengeworfen werden. Jeder Kohlenverbraucher, der dies nicht verlangt, ist entweder ein Bergwerksbesitzer oder ein Pinsel.

Sir Robert Horne sagt mir, um damit anzufangen, daß dieses Pooling (Zusammenwerfen aller Löhne und Profite) gar nicht in Frage kommt. Darum habe ich keine Verwendung für Sir Robert Horne. Er nimmt mein Geld, um mich zu vertreten, und handelt dann als der Agent der Bergwerksbesitzer. Denn einzig und allein vom Standpunkt der Bergwerksbesitzer aus steht jenes nationale „Pooling" außer Betracht. Von meinem Standpunkt als Verbraucher und Bürger aus gesehen ist es die allererste Notwendigkeit der Situation. Und ich fühle mich dem Bergarbeiterverband äußerst verbunden, daß er mit mir so nachdrücklich und faktisch übereinstimmt. Sir Robert wird folgern, daß ich kein Gentlemann sei. Ich werde antworten, daß niemand ein Gentleman ist, wenn er Kohlen einkauft.

Da ich die Unzuträglichkeiten des Bürgerkrieges nicht schätze, sah ich mich nach dem Premierminister um, damit er all seinen Takt aufwende, ihn zu vermeiden. Anstatt dessen tat er alles, was er konnte, um ihn zu provozieren. Er kanzelte die Bergarbeiterführer ab, als wenn sie Kinder in einer Elementarschule seien, und zwar über ihre eigene Arbeit, von der er fast so wenig wie möglich versteht und sie so viel als möglich. Er verkündete, daß nichts ihn bewegen könnte, die Kohlenbergwerke zum Nationaleigentum zu machen, und dann appellierte er an die Bergleute, doch nicht den Wert ihres „nationalen" Besitzes herabzumindern. Er mobilisierte dann die Hilfsquellen des Landes für den Klassenkampf. Kurz, er machte sich „fühlbar". Da dies Gefühl so absolut unerträglich ist, wünsche ich, daß es aufhöre, und daß ich meine Kohle zu einem vernünftigen Preise erhalte, der einen vernünftigen Profit und vernünftige Löhne einschließt. Der Premierminister ist für ein Geschäft wie dieses nicht mein Mann.

Ist eine Folge die Zerstörung der englischen Bergwerke, so gibt es auch noch andere. Es gibt Kohle im Ausland und es gibt andere Kraftquellen, die von Leuten angezapft werden können, deren Gehirne noch nicht heillos verfettet sind. Der Kohlenbergbau, wie wir ihn ausüben, ist eine unerwünschte und unmenschliche Beschäftigung, die, wenn nötig, von denen unter uns erleichtert werden sollte, die angenehmere Arbeit haben. Wenn der Premierminister sagt, daß die Abschaffung des Kohlenbergbaues schlimmer wäre als eine Niederlage, die uns Deutschland bereitet haben würde, so macht er entweder Deutschland ein rührendes Kompliment oder aber er bekennt, daß er lieber sein Land unterjochen lassen möchte als dulden, daß seinen Bergwerksbesitzern eine Profitquelle trocken gelegt wird. Ich stimme nicht mit ihm überein. Ich glaube nicht, daß die Deutschen möglicherweise das Land schlimmer regieren könnten, als er es in seiner Krisis lenkt. Wenn es um große industrielle Fragen geht, so denke ich, kann er nicht für einen Pfennig regieren. Wie könnte er auch, nachdem er ein Leben in der dicken Unwissenheit des Unterhauses über solche Dinge verbracht hat?

Ich bin mir bewußt, daß ich außerstande bin, diese Frage maßvoll zu behandeln. Wenn ich die illustrierten Blätter voll mit Bildern von schneidigen Jünglingen und ernstgesichteten Männern sehe, die sich um die Tische drängen, wo die Registrierlisten aufliegen, um bis zum letzten Tropfen ihres Blutes dafür zu kämpfen, gegen mich und gegen sich selbst, den Preis der Kohle auf den höchstmöglichen Punkt zu bringen, damit noch ein paar träge reiche Leute mehr ihr Leben in der Sommerfrische zubringen können, so kocht mir das Blut so wild, daß die Kohle überflüssig erscheint.

Lassen Sie mich schnell hinzufügen, daß ich gegen Streiks bin. Ich kann keine Nation für vernünftig halten, die sie zuläßt. Für eine Nation, die so schwer verschuldet ist nach einem riesigen Kriege, ist derlei eine schlimme Unehre. Macht mit allen Mitteln, daß die Bergarbeiter arbeiten! Sie sind es gewöhnt. Laßt jedermann arbeiten! Unglücklicherweise sind die Leute, die es nicht gewöhnt sind, dagegen, daß man arbeitet. Der Premierminister, der ihren Einwand respektiert (Gott weiß warum!), hat zugegeben, daß die Bergarbeiter untätig sind, aber er darf kaum wagen, für den einen die Arbeit zum Zwang zu machen, ohne daß er sie für alle zum Zwange macht.

Wir sind darum auf das System des Kapitalismus zurückverwiesen und haben wie Schreckköpfe dazusitzen und zuzuschauen, während die Parteien sich über die Verteilung der enormen Preise streiten, die wir ihnen für eine der Notwendigkeiten des Lebens zahlen, und sich zu einigen suchen, indem sie trachten, einander so viel Schaden anzutun, als sie nur können, und gleichzeitig diesen uns zufügen bei ihren gegenseitigen Bemühungen, den einen zu bewegen nachzugeben.

Es ist kein Trost für uns, daß die Bergarbeiter in ihrer Forderung nach „Pooling", nach Durchschnittslöhnen, nach Nationalisierung ganz in ihrem Rechte sind. Wir leiden unter dem Konflikt ebenso, als wenn sie genau ebenso sehr unrecht hätten als die Besitzer. Die Wahrheit ist die, daß weder die Besitzer noch die Arbeiter anders tun können, als sie tun. Nur die Nation als Ganzes kann das Problem ihrer Brennstoffversorgung lösen. Und eine Nation von Pinseln kann das nicht. Sie kann nur hilflos warten, bis jemand einen Profit daraus ziehen kann, wenn er sie beliefert.

Da wir eine Nation von Pinseln sind und natürlich Oberpinsel dazu erwählen, uns zu regieren, so vermute ich, befinden wir uns in solcher Lage. Ich bitte um Vergebung, daß ich Späße darüber gemacht habe. Wir sind nun einmal so und müssen die Folgen auf uns nehmen.

Kampfansage der Monarchisten

Skagerakschlacht in der Singakademie

Der Nationalverband deutscher Offiziere und der Verband nationalgesinnter Soldaten veranstalteten am Dienstag abend in der Singakademie eine Skagerakfeier. Die Wände der Akademie waren mit riesigen Fahnen behangen. Rechts neben der Rednertribüne hielt ein echtteutscher Recke eine Kriegsflagge mit Trauerflor. Zu beiden Seiten dieser umflorten Fahne waren zwei mächtige schwarz-weiß-rote Schärpen an zwei Fahnenjungfrauen aufgehangen, denen augenscheinlich bei der Blutprobe etwas zuviel Blut abgezapft worden war. Dicht gedrängt harrten abgetakelte Offiziere, Schutzpolizisten, Gymnasiasten, Studenten, alte Jungfern und Schülerinnen der Dinge, die da kommen sollten.

Zuerst trat der General d. Inf. v. **Dickhuth-Harraes** mit einer Begrüßungsansprache auf. Er gedachte der „Helden" vom Skagerak und forderte von den Anwesenden, daß sie im Skagerak-Glauben erstarken und dem Skagerak-Geist zur weitesten Verbreitung verhelfen sollten. **Dieser Geist sei nicht der Geist der Scheidemänner, der Erzhalunken** (Erzberger) **und v. Gerlache.** Wenn es der „Welt am Montag" auch nicht gefallen würde, so fuhr der tapfere General fort, er predige den inneren und äußeren Feinden Deutschlands

Haß und Rache.

Mit wehleidiger Stimme gedachte er des mutig ausgerückten obersten Kriegsherrn und erntete schließlich lebhaften Beifall.

Der Vizeadmiral **von Trotha,** ein alter Kappist, hielt dann die Festrede. Er schilderte die Entwicklung der deutschen Flotte und vertrat die Ansicht, daß die Flotte früher gegen England hätte eingesetzt werden müssen. Am Schlusse seiner Ausführungen hatte er eine Vision. Er sah eine neue kaiserliche Flotte mit ihren Kielen die salzige Flut durchschneiden und die gemeinen Engländer und niederträchtigen Franzosen vernichten. Als der Admiral ausführte, daß der Herr v. Hohenzollern nie Krieg gewollt habe, schrien die Anwesenden, daß ihr

Wilhelm wiederkommen müsse.

Dann würde wieder die stolze schwarz-weiß-rote Flagge wehen. Der Bläserbund intonierte nunmehr das „Deutsche Flaggenlied". Die erlauchte Versammlung erhob sich von den Plätzen und sang stehend das Lied mit, am lautesten die Jungfern und Mädchen.

Nunmehr ergriff die Kanone und der Held des Tages, der Oberfeuerwerksmaat Nissen das Wort. Dieser Herr sagte, was die ganze Versammlung bewegte. Mit Händeklatschen und Füßetrampeln wurden seine Ausführungen begleitet. Er führte u. a. aus:

„Schufte und Verräter, Scheidemänner, Erzberger und Dittmänner (Zurufe: die Juden, die Juden) haben das deutsche Volk verraten und verkauft. **Führer wie den General v. Gröner, Scheuch und alle anderen Offiziere, die sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt haben, die erkennen wir nicht an."**

Auch sie sind Verräter.

Sie haben unseren Kaiser verraten und im Stich gelassen. (Zwischenrufe: Er muß wiederkommen und aufräumen!) Jawohl, er wird auch wiederkommen, und wir werden mit dem inneren und äußeren Feind gründlich aufräumen. Wenn die Franzosen und Engländer sagen, wir seien Barbaren, dann wissen wir, daß sie es im Kriege noch schlimmer getrieben haben wie wir. Der Krieg ist kein Tanzvergnügen. Der Prozeß gegen die Kriegsverbrecher in Leipzig ist eine Schande; **denn unter keinen Umständen dürfte ein Engländer Leipzig lebend erreichen.** (Lebhafter Beifall und Füßetrampeln.) Auch ich bin **ein Kriegsverbrecher.** Wir wurden wegen Kindesmord verklagt, weil wir englische Städte beschossen haben. (Lachen.) Ein

Lichtblick für uns ist der 13. März 1920,

an welchem Tage die feige Scheidemännergesellschaft flüchtete und die deutsche Kriegsflagge durchs Brandenburger Tor getragen wurde. (Lebhafter Beifall.) **Hoffentlich kommt ein solcher Tag bald wieder.** (Lebhafter Beifall und Füßetrampeln.) Führer wie Ehrhardt, Ludendorff und v. d. Goltz, der im Baltikum war, nur die erkennen wir an.

Nun hat die Regierung die Werbungen für Oberschlesien verboten. **Das geht uns nichts an. Hoffentlich drehen die oberschlesischen Freiwilligen ihre Bajonette bald um und**

marschieren nach Berlin,

um die ganze feige Regierung samt Ebert und den Juden zu verjagen. (Lebhafter Beifall.) Wir werden unseren Kaiser wiederholen und auch eine kaiserliche Flotte erhalten. Dann wird hoffentlich die Flotte nicht so zurückgehalten wie während des Krieges. Arbeiten sie in diesem Geiste, damit unser Kaiser sieht, daß es noch deutsche Männer gibt, auf die er sich verlassen kann. (Langanhaltendes Klatschen und Füßetrampeln.)

Die ganze kriegslustige und revanchelüsterne Gesellschaft sang dann gemeinsam „Ein' feste Burg ist unser Gott". Mit einem Präsentiermarsch, vorgetragen vom Bläserbund, wurde die „Feier" beendet.

Wir begrüßen die Offenheit, mit der die nationalistischen Offiziere ihr Programm entwickelten. Herr Nissen rühmte sich übrigens auch noch, die französischen Fahnen vor dem Zeughaus verbrannt zu haben, ohne bestraft worden zu sein. In einer Republik, die derartiges ungestraft geschehen läßt, müssen sich die Monarchisten obenauf fühlen.

Anschlußabstimmung in Steiermark

Graz, 31. Mai.

Der Steiermärkische Landtag beriet heute über die Frage der Anschlußabstimmung in Steiermark und beschloß mit den Stimmen der Groß-Deutschen, der Bauernbündler und der Christlich-Sozialen, daß die Abstimmung am 3. Juli stattfinden soll. Der Sprecher der Christlich-Sozialen erklärte, daß seine Partei sich durch den früheren Beschluß des steirischen Landtages für gebunden erachtet und deshalb für den Anschluß stimme. Der Sprecher der Sozialdemokraten erklärte, dem vorgeschlagenen Abstimmungstermin nicht zustimmen zu können, da die Bundesgesetze eine länderweise Abstimmung bei einer Volksbefragung nicht vorsehe und die Festsetzung des Abstimmungstermins auch nicht Sache der einzelnen Länder sei. Nach der Meinung der sozialdemokratischen Partei **könne die beabsichtigte Volksbefragung den Anschluß nicht fördern, keinesfalls aber ihn herbeiführen.** Damit jedoch die Volksbefragung kein falsches Bild vom Anschlußwillen der Bevölkerung ergebe, werden die Sozialdemokraten an der Abstimmung am 3. Juli teilnehmen.

Formeller Protest Jugoslawiens

Der jugoslawische Gesandte, Dr. Rasic, ist heute, nach einer Wiener Meldung der „Telunion", bei dem Bundeskanzler Dr. Mayr im Auftrage seiner Regierung erschienen, um gegen die Fortsetzung der länderweisen Volksabstimmung für den Anschluß an Deutschland zu protestieren und darauf aufmerksam zu machen, daß in diesen Abstimmungen eine Verletzung des Friedensvertrages von St. Germain liege. Der Gesandte machte die österreichische Regierung auf die Folgen aufmerksam, welche die Fortsetzung der Anschlußbewegung und eine weitere Abstimmung in den Ländern Oesterreichs nach sich ziehen könnte.

Zum englischen Bergarbeiterstreik

EE. London, 1. Juni.

Nachdem die Vorschläge Lloyd Georges zur Beilegung des Kohlenarbeiterstreiks in Lannark, Schottland und Wales abgelehnt worden waren, wurden sie auch in Derby, Nottingham und Yorkshire abgelehnt. Eine starke Mehrheit erklärte sich gegen die Annahme des Ultimatums Lloyd Georges. Andererseits stimmten viele Unternehmer für die Annahme des Ultimatums.

Franc Scotch erklärt in einem Interview, daß ein Einvernehmen vielleicht herzustellen sein werde, wenn die Besitzer den Arbeitern die Löhne vom Juni 1914 mit 80 Prozent Zuschlag zugestehen würden. Die Unternehmer stehen aber auf dem Standpunkte, daß nur eine Steigerung der Produktion die Löhne der Arbeiter erhöhen könne.

Neue Maßnahmen der Regierung

London, 31. Mai.

Heute, am 61. Tage des Bergarbeiterstreiks, ist es noch zu keiner Regelung gekommen. Die Regierung hat einen Erlaß veröffentlicht, wonach die Behörden auf Grund der Ausnahmebestimmungen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie andere Werke mit Beschlag belegen und Lebensmittel, Kohlenvorräte und Maschinen usw. requirieren können. Sie werden auch das Recht haben, den Preis für Kohle, Gas und Elektrizität festzusetzen und den Verkauf von Brennstoff für Motore zu beaufsichtigen.

London, 31. Mai.

Dreiunddreißig Syndikate, die 1½ Millionen Metallarbeiter vertreten, protestieren gegen die Herabsetzung der Löhne, die für den 16. Juni angekündigt ist. Es wird eine Konferenz mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorbereitet.

Militärische Korruption

Schiebungen der Wiener Waffenstillstandskommission

Wir wissen nachgerade aus eigener Erfahrung, was hinter dem Blendwerk des militärischen Gepränges und der Schneidigkeit der militaristischen Politik in Wirklichkeit steckt. Der Krieg hat die Brutalität, das Strebertum, die Unfähigkeit zum politischen Denken und Handeln und die hohle Großmannssucht der Stützen des militaristischen Systems nackt offenbart. Und wurde diese Enthüllung bei uns in Deutschland durch den Zusammenbruch um so vieles krasser, so sind doch die genannten Eigenschaften ebenso international, wie es der Militarismus besonders nach dem Kriege geworden ist.

Ein ganz ungeheuerlicher Fall ausgedehntester Korruption, des widrigsten Schiebertums ist durch die Verhaftung des italienischen Generals Segre und dreizehn anderer italienischer Offiziere ins Licht der Oeffentlichkeit gerückt. General Segre war Präsident der alliierten Waffenstillstandskommission in Wien. Er war als solcher allmächtiger Mann, mit unbegrenzten Vollmachten ausgerüstet. Er nutzte die verzweifelte Notlage Deutschösterreichs mit hartem Siegerwillen aus. Jeder Einspruch der deutschösterreichischen Regierung wurde sofort mit einem Ultimatum beantwortet: entweder erfüllen oder Sperrung der Lebensmittelzufuhr. Neben dieser äußeren Machtstellung, die General Segre als Vertreter der Entente in Wien innehatte und die er mit aller Rücksichtslosigkeit eines brutalen Gewaltmenschen ausfüllte, gingen riesige Schiebergeschäfte einher. Während das arme Deutschösterreich ungezählte Millionen für die Erhaltung der Waffenstillstandskommission zahlen mußte, trieben General Segre und die Offiziere seiner Mission mit den zur Verteilung an die notleidende Bevölkerung bestimmten Lebensmittel schwunghaften Schleichhandel, vermieteten Sitzplätze in den für sie reservierten Abteilen des täglich nach dem Süden verkehrenden Ententezuges um 5000 Kronen für den Platz und verhalfen so Steuerpflichtigen und Valutaschmugglern zur Durchführung ihrer Pläne. Ebenso haben die Offiziere 80 Waggons Kohle, die sie aus der Tschechoslowakei für die Waffenstillstandskommission bezogen haben, im Schleichhandel verkauft. In Wien war man gegen dieses Treiben machtlos, da es unmöglich war, gegen den allmächtigen General etwas zu unternehmen.

Unter dem Schutz des Generals Segre vollzog sich auch die Uebernahme der Aktien der Alpinen Montangesellschaft durch eine italienische Kapitalistengruppe, als deren Führer ein Herr Segre, angeblich der Bruder des Mächtigen, auftrat. Als die deutschösterreichische Regierung den Italienern den Besitz der Aktien streitig zu machen suchte und die von der Alpinen Montangesellschaft neu ausgegebenen Aktien anforderte, kam der General Segre dem Großaktionär Segre zu Hilfe. Er zwang die Regierung, einen Teil der angeforderten Aktien den Italienern zu verkaufen. Als unser Genosse Otto Bauer dies öffentlich erzählte, deckte die italienische Regierung ihren früheren mittlerweile abberufenen Vertreter. Die Aufdeckung dieses schamlosen Ausbeutungsfeldzuges ist wesentlich dem Wiener Berichterstatter unseres Mailänder Bruderblattes, des „Avanti", zu verdanken. Er begann schon während der Anwesenheit Segres in Wien seinen Feldzug gegen den General. Indessen deckte die italienische Regierung damals noch ihren Vertreter. Der „Avanti" schätzt den Schaden, den Italien durch die Handlungen Segres und seiner Offiziere erleidet, auf eine halbe Milliarde Lire.

Dieser Fall spricht für sich selbst. Er beweist nicht nur, daß bei den Militärs die Wahrung des Geldbeutels stärker ist als die Wahrung des Ehrenschildes. Er beweist auch zum Ueberfluß, daß die unbeschränkte Machterteilung an die Militärs in politischen und zivilen Angelegenheiten geradezu unheilbringend ist.

Kommunefeier in Paris

Zusammenstöße mit der Polizei

Am Sonntag veranstalteten die Pariser Sozialisten und Kommunisten Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag der Pariser Kommune. Die Demonstration der Kommunisten fand auf dem Friedhof Père Lachaise und die der Sozialisten auf dem Friedhof Montparnasse statt. Die Feiern vollzogen sich in Ordnung. Beim Ausgang aus dem Friedhof Père Lachaise kreuzte sich der Zug der Demonstranten jedoch mit einer katholischen Prozession. Es kam zu einem Handgemenge, wobei der kommunistische Abgeordnete Ernest Lafond mehrere Schläge auf den Kopf erhielt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Zahl der verletzten Demonstranten ist nicht genau bekannt. Neun Polizisten wurden verwundet. Am Montag wurden in den frühen Morgenstunden bei einigen Kommunisten Haussuchungen abgehalten, u. a. bei dem Rechtsanwalt Henry Torres und dem Schriftsteller Henri Barbusse.

Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht im Saargebiet. Durch Verfügung der Regierungskommission des Saargebietes ist die geistliche Schulaufsicht im Saargebiet aufgehoben worden.

Geßler dementiert. Da die Teilnahme von Reichswehrtruppen an der Gedenkfeier des ehemaligen 4. Garde-Regiments in Berlin und an dem Parademarsch vor Eitel-Friedich nicht abgestritten werden kann, glaubt eine „zuständige Stelle" (nämlich der „demokratische" Reichswehrminister Geßler) der Oeffentlichkeit bekanntgeben zu müssen, daß die Truppen nicht als Angehörige der Reichswehr „dienstlich und in geschlossenem Zuge" der Feier beiwohnten, sondern „lediglich als Zuschauer". — Mit diesem Dementi beweist die „zuständige Stelle" höchstens, daß sie andere für so dumm hält, wie sie selbst ist.

Rückgang der Bevölkerungsziffer in Frankreich. Die französische Kammer wird 1924 90 Abgeordnete weniger umfassen als das gegenwärtige Parlament. Das Wahlgesetz bestimmt, daß für je 75 000 Einwohner ein Abgeordneter zu wählen sei. Da die letzte Bevölkerungszahl eine geringere Ziffer aufweist, so wird sich die Abnahme der Bevölkerung in der Zahl der Abgeordneten deutlich bemerkbar machen.

Goldankauf durch die Reichsbank. Das Reichsfinanzministerium hat beschlossen, um die schweren finanziellen Verpflichtungen erfüllen zu können, durch Vermittlung der Reichsbank und der Reichspost Gold zu einem dem Weltmarktpreis ungefähr angepaßten Preise ankaufen zu lassen; goldene Schmucksachen und Gebrauchsgegenstände bleiben vom Ankauf ausgeschlossen. Der von der Reichsbank und Post zu zahlende Ankaufspreis ist der gleiche; er wird auf der Grundlage des Weltmarktpreises am Ende jeder Woche neu festgesetzt; für die laufende Woche stellt er sich z. B. auf 260 Mark für 1 Zwanzig-Mark-Stück, auf 37 000 Mark für 1 Kilogramm Feingold. Die Preise für die übrigen deutschen und ausländischen Goldmünzen werden entsprechend festgesetzt. Die Umsatz-(Luxus-)Steuer kommt bei diesen Verkäufen nicht in Ansatz.

Das schwarze Bayern. Auch aus den kleinsten Begebenheiten geht hervor, daß im Ordnungsstaat Bayern längst wieder schwarz Trumpf ist. Hier wieder ein kleines Beispiel. — In Niederbayern lebt unter anderen anständigen Staatsbürgern ein durchaus ehrsamer und unbescholtener Zimmermann, dessen Gattin den ebenso ehrenwerten wie überaus wichtigen Beruf einer geprüften und anerkannten Hebamme versieht. Seit mehreren Jahren befinden sich die beiden jüngsten Töchter im dortigen Klosterinternat. Die Eltern beschlossen, ihre Kinder zur weiteren und besseren Ausbildung in einem größeren Ordensinternat in der Nähe Münchens unterzubringen. Zu diesem Zwecke fuhr vor einiger Zeit die Mutter nach München und stellte in dem betreffenden Internat ein Aufnahmegesuch für ihre beiden Kinder. Sie erfuhr, daß dort noch Plätze frei seien, daß aber eine Aufnahme nur durch die abwesende Leiterin erfolgen könne. Nach Hause zurückgekehrt, hatten die gutkatholischen Leute keinen Zweifel mehr, daß die endgültige Aufnahme nur mehr eine Formsache sein werde. So wurde denn die mit ziemlich hohen Kosten verbundene, von der Anstalt vorgeschriebene Ausstattung beschafft. — Doch was geschah? Es kam ein Brief, datiert vom 7. April 1921, mit folgendem Inhalt: „Sehr geehrte Frau! Erst gestern ist unsere hochverehrte Generalassistentin, die derzeitige Vorsteherin unseres Hauses, von einer längeren Reise zurückgekehrt und konnte ich ihr das Aufnahmegesuch für ihre beiden Töchter unterbreiten. Leider muß ich Ihnen nun — nach reiflicher Ueberlegung — mitteilen, daß eine Aufnahme Ihrer Kinder bei uns nicht erfolgen kann. Frau Generalassistentin hat entschieden pädagogische Bedenken wegen ihres Berufes, weil wir voraussetzen müssen und voraussehen, daß die Kinder ganz unvermeidlich bereits eingeweiht sind in Dinge, die für unsere Zöglinge nicht Gesprächsstoff werden dürfen. In vorzüglicher Hochachtung! M. Anna, Präfektin."

Man erkennt daraus wieder, daß diese Ordensschulen nicht nur zur Verblödung der Kinder dienen, sondern auch als Aufenthalt für verblödete Erwachsene.

Herrmann Scherchens gemischter Chor „Groß-Berlin" (ein etwas sonderbarer Name für eine künstlerische Gemeinschaft) veranstaltete sein zweites Konzert. Allen Respekt! Vor allem vor dem Dirigenten Scherchen. So hat man in Deutschland Volkslieder von Volkschören noch nicht singen hören, so vortrefflich den Inhalt des Liedes bedenkend und ausdeutend, so daß jedes bekannte Stück dem Hörer neu aufleuchtet. Die Ausetzungen sind die folgenden: die Damen, die tauglicher sind als die Herren, können noch kein Piano singen, der ganze Chor neigt zum Heraufziehen, und bewegtere, schwierige Stückchen wie „Beim Tanze", versagen in der feineren Stimmführung. Der Staat müßte dreißig gute Kräfte für jedes Konzert bezahlen (etwa 1500 Mark), eine gesangs-künstlerische Kraft muß, wie ich es längst für ähnliche Fälle vorgeschlagen habe, die systematisch-technische Schulung übernehmen, — und der Chor wird nach zwei, drei Jahren an den ukrainischen erinnern, dessen verdienter Ruhm alle wagemütigen Dirigenten nicht schlafen läßt. — Die „Republikanische Hymne" von Lendvay ist ein etwas gewollt derb zugehauenes Stück, das seine Wirkung tut. Der Text könnte besser sein. Die Instrumentalsachen waren zu sehr auf „Largo" eingestellt. Das Vollkommenste des Abends bot Walter Fischer an der Orgel. Arno Nadel

Arbeitsgemeinschaft Berliner Volksbibliothekare. Die für eine Stadt von dem Umfange des neuen Berlin im allgemeinen recht rückständigen Zustände im öffentlichen Büchereiwesen haben die haupt- und nebenamtlich tätigen Volksbibliothekare veranlaßt, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zu vereinigen. Diese erblickt ihre Aufgabe darin, einmal die innere Arbeit der volkstümlichen Bücherei zu fördern, dann aber auch die Oeffentlichkeit aufzuklären über die Verhältnisse im öffentlichen Büchereiwesen Groß-Berlins. Während in England und Amerika seit mehr als einem halben Jahrhundert mit reichen Mitteln ausgestattete öffentliche Büchereien bestehen und das kleine Dänemark ein mustergültiges Bibliotheks- und Volksbildungswesen besitzt, sind wir in Deutschland auf diesem Gebiet weit hinter anderen Ländern zurück. Ist doch der Verlust der ersten Zone in Schleswig-Holstein zum nicht geringen Teil darauf zurückzuführen, daß wir der dänischen Volkskulturarbeit nichts Gleichwertiges an die Seite zu stellen hatten. In Erkenntnis der Notwendigkeit, dieser Rückständigkeit ein Ende zu bereiten, haben sich die Volksbibliothekare von Groß-Berlin zusammengeschlossen, um an ihrem Teile dahin zu wirken, daß auch in Groß-Berlin eine versäumte Aufgabe trotz der Schwere der Zeit nachgeholt wird.

Van Gogh im Kronprinzenpalais. Im Berliner Kronprinzenpalais, in der neuen Abteilung der Nationalgalerie, konnte jetzt ein großer Raum für van Gogh eingerichtet werden, mit 11 Leihgaben, die sich Geh. Rat Justi für einige Zeit sichern konnte. Der Saal, im obersten Stockwerk, zeigt die Kunst des Meisters nun in all seiner Fülle und Kraft.

Die neueste Nummer der „Freien Welt", die der „Freiheit" morgen, Donnerstag früh, beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: Max Dortu: Schwankende Seele. — Hans Siemsen: Stiefkinder der Literaturgeschichte. 2. Johann Georg Forster. — C. G. Roebel: Die Elektrotechnik im Jahre 1920/21. — Bruno Heyn: Baumeister auf dem Meeresgrund. — George Grosz: Die Orgesch. — Arno Nadel: Der Mörder. — Laube und Gatten. — Sternhimmel im Juni.

Tages-Notizen

Ueber „Proletariat und Kunst" spricht Ernst Friedrich Donnerstag abends 7 Uhr in der „Arbeiter-Kunst-Ausstellung", Petersburger Str. 39. Anschließend eine Führung durch die gesamte Ausstellung. Eintritt frei!

Der Deutsche Monistenbund veranstaltet Sonntag vormittag 11 Uhr in der Stadthalle, Klosterstraße, einen öffentlichen Vortrag von Prof. Dr. G. F. Nicolai über das Thema: Gott vor dem Forum der Naturwissenschaft. Eintritt 1 Mark.

Erklärung

Wir haben uns überzeugt, daß die in der Zuschrift des Zentralverbandes der Film- und Kinoangehörigen in Nr. 358 vom 31. August 1920 der „Freiheit" gegen den Vorsitzenden beim Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, Herrn Dr. jur. Friedmann, mitgeteilten Behauptungen unrichtig sind. Wir nehmen sie daher mit Bedauern zurück.

Groß-Berlin

Darf im Polizeipräsidium weiter geknallt werden?

Unmittelbar nach der Erschießung Sylts ging eine von amtlicher Stelle ausgegebene Notiz durch die Presse, daß der damalige Minister des Innern, Severing, den Polizeibeamten das Schießen innerhalb des Polizeipräsidiums verboten habe. Nun dauert es immer einige Zeit, bis Ministerialerlasse den Beamten, die es angeht, zugehen. Aber es sind bis jetzt zwei Monate vergangen, ohne daß der „grünen", „blauen" oder Kriminalpolizei nur ein Sterbenswörtchen von einem solchen Erlaß bekanntgegeben worden wäre. Die vernünftigen Beamten, die ohne Unterschied der politischen Gesinnung mit einem Albert Jannicke nichts zu tun haben wollen, weil sie sich sagen, daß, solange das Polizeipräsidium steht, noch nie ein Festgenommener „auf der Flucht" erschossen zu werden brauchte, fragen sich, was es mit dem Erlaß für eine Bewandtnis haben mag. Ist er garnicht ergangen, und ist „zur Beruhigung der Oeffentlichkeit" einmal wieder gelogen worden, oder ist der Erlaß von einem reaktionären Geheimrat (sei es vom Ministerium des Innern oder vom Polizeipräsidium) sabotiert worden? Eins von beiden ist nur möglich. Was sagt der Polizeipräsident Richter dazu?

Transportarbeiterverband gegen Kraftdroschkensteuer

Der Deutsche Transportarbeiterverband wendet sich in einer Zuschrift an uns gegen die vom Magistrat geplante Kraftdroschkensteuer unter Hinweis darauf, daß bereits in einer Denkschrift an den Magistrat vom 10. Februar d. J. der Meinung entgegengetreten wurde, daß die Kraftdroschke keineswegs nur ein Beförderungsmittel für Schieber und Kriegsgewinnler sei. Der größte Teil der Fahrten werde heute für Aerzte, Rechtsanwälte und Geschäftsleute ausgeführt, eine Angabe, die wir nicht für richtig halten. Der Fahrpreis ist durch die außerordentlich hohen Betriebsstoffe usw. derartig hoch, daß bei einer zehnprozentigen Erhöhung eine Abwanderung der Fahrgäste eintreten werde. Die Folge wäre, daß ein großer Teil der Unternehmer, die größtenteils aus Einzelbesitzern bestehen, ihren Wagen selbst fahren, die Fahrer entlassen würden und diese dann arbeitslos wären. Aus allen diesen und anderen wichtigen Gründen haben die Kraftfahrer in mehreren Versammlungen einstimmig beschlossen, gegen die Steuer anzukämpfen. — Ueber die Stellung, die wir zu diesen neuen Steuervorlagen des Magistrats einnehmen, werden wir uns in den nächsten Tagen äußern.

Die Untersuchung über den Lebensmittelverband Groß-Berlin. Der auf Grund der bekannten deutschnationalen Anfrage zur Untersuchung der Geschäftsführung des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin eingesetzte Stadtverordnetenausschuß trat gestern im Berliner Rathause zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nach einer allgemeinen Aussprache über die Art der Führung der Untersuchung wurde beschlossen, zunächst drei Referenten zu bestellen, und zwar für Milch den Stadtv. Dr. Hertz (U. S. P.), für Teigwaren den Stadtv. Schulze (Deutschnat.) und für Fleisch den Stadtv. Müller-Franken (Wirtsch.). Das erste Referat über Milch soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses erstattet werden.

Fahrpreisermäßigung für Jugendwanderungen und Schulen. Vom Reichsverkehrsministerium wird mitgeteilt, daß vom 1. Juni an auf sämtlichen deutschen Eisenbahnen für Jugendverbände, Schulen usw. außer der bisher in der 3. Wagenklasse genehmigten 50 Prozent Fahrpreisermäßigung für zehn Personen und darüber, diese auch für die 4. Wagenklasse genehmigt ist. Vordrucke an allen Schaltern der Fernbahnhöfe. Unterstempelt werden diese vom Jugendamt, bezw. von den Leitern der Schulen.

Die Sprechstunden im Städtischen Berufsamt, Oranienburger Straße 54, sind vom 1. Juni d. J. ab auf die Zeit von 9—1 Uhr vormittags festgesetzt.

Aufklärung eines großen Postdiebstahls. Ein Postdiebstahl, bei dem dem Täter für mehrere Millionen Mark Werte in die Hände fielen, wurde am 12. April d. J bei Stendal verübt. Die Werte wurden aus dem Postwagen eines D-Zuges Berlin-Hannover kurz vor Stendal gestohlen. Der Kriminalpostdienststelle in Berlin ist es jetzt gelungen, den Diebstahl aufzuklären und den Täter zu verhaften. — Nachdem festgestellt worden war, daß zu der Beute des Diebes außer Diamanten auch Wertpapiere und Schecks gehörten, wurden sofort alle Banken benachrichtigt, so daß rechtzeitig die Sperre verhängt werden konnte. Durch diese Maßregel fand man die erste Spur in Siegen in Westfalen. Ein Mann, der sich Dietrich aus Berlin nannte, hatte dort Schecks zur Einlösung vorgelegt. Eine Haussuchung bei einem Dienstmädchen, welches sich als Komplizin herausstellte, förderte nicht nur 34 amerikanische Schecks im Werte von je 2000 Dollars und eine größere Summe baren Geldes, sondern auf dem Hausboden auch Dietrich selbst zutage, der von dem Mädchen dort verborgen gehalten war. Der Mann wurde verhaftet und als ein 22 Jahre alter, aus Duisburg gebürtiger Otto Roth entlarvt, der schon allerlei auf dem Kerbholz hatte. Ein Teil des Geldes und der Diamanten konnte noch gerettet werden. Der Verhaftete wurde nach Berlin gebracht.

Neukölln-Britz. Beratungsstelle für Invaliden-, Unfall-, Altersversicherungs-, Witwen- und Armenrenten-Empfänger befindet sich im Rathaus Neukölln, Zimmer 296, 2 Treppen. Sprechzeit 3—5 Uhr täglich.

Die Aufhebung des Bücherkaufverbots und die Spandauer Stadtbücherei. Die Mitteilung über die Aufhebung des Bücherkaufverbots für die öffentlichen Büchereien Berlins hat vielfach die Ansicht hervorgerufen, daß nunmehr die finanzielle Notlage der Stadtbücherei behoben sei. Demgegenüber sei festgestellt, daß diese in keiner Weise durch die Aufhebung des Bücherkaufverbots vermindert wird. Denn die Spandauer Stadtbücherei darf nunmehr zwar ein Fünftel des laufenden Etats von 1920 für Bücheranschaffungen verbrauchen; es ist ihr aber damit wenig gedient, da sie erst im Oktober 1920 eröffnet worden ist und 1920 keinen

◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆

An unsere Abonnenten!

Um unseren Zeitungsausträgerinnen unnötige doppelte Wege zu ersparen und um eine pünktliche Weiterbelieferung sicherzustellen, ersuchen wir unsere Abonnenten, das Abonnementsgeld für den laufenden Monat stets in den ersten Tagen des Monats zu bezahlen. Nur unter dieser Voraussetzung können wir eine geregelte Weiterbelieferung garantieren.

Der Verlag.

◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆

laufenden Etat für Bücheranschaffungen besessen hat. Selbstverständlich sind Schritte unternommen worden, um die Nachteile für die Spandauer Stadtbücherei auszugleichen.

Unwahr ist die Behauptung, so teilt uns der Arbeiter Hermann Studré mit, daß er bei dem Mieterverband (Rosenthaler Vorstadt) unsaubere Machinationen mit Geld usw. vorgenommen hat. Lediglich böswillige Verleumdungen sollen das Leitmotiv für diese Mitteilung sein. — Wir sind beiden Teilen gerecht geworden und lehnen jede weitere Mitteilung ab.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Donnerstag: Trocken und überwiegend heiter, nachts kühl, in den Mittagsstunden ziemlich warm, bei mäßigen, nordöstlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Landarbeiterstreik in Prenzlau

Im Prenzlauer Kreis streiken die Landarbeiter. Die Unternehmer lehnten es schroff ab zu verhandeln, so daß es unmöglich würde, auf gütlichem Wege zu einer tariflichen Vereinbarung zu kommen. Die angebotene Vermittlung des Landrats wurde schroff abgelehnt. Die Junker suchen nun Arbeitskräfte und die **Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Soldaten** in Potsdam, Kaiser-Wilhelmstraße 6, wirbt unter falschen Vorspiegelungen Streikbrecher an, die dann am Orte Abzeichen der technischen Nothilfe anzulegen genötigt werden. Auch das — Hakenkreuz wird getragen. Organisierte Arbeiter sind ebenfalls auf den Schwindel hereingefallen. **Wir machen daher ausdrücklich auf diesen Streik aufmerksam und warnen vor Arbeitsannahme, desgleichen vor der bereits genannten Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Soldaten in Potsdam, Kaiser-Wilhelmstraße 6.**

Christliche Streikbrecher

In Baden streiken, wie wir bereits hier mitteilten, seit neun Wochen die Textilarbeiter, um die Absicht der Unternehmer, einen Lohnabbau vorzunehmen, zu vereiteln. Jetzt haben sich nun die Christen, die mit dem Deutschen Textilarbeiterverband den Streik gemeinsam begonnen haben, einen Streich geleistet, der diese sehr treffend als **Unternehmerschutztruppe** kennzeichnet. Der christliche Sekretär Haller in Freiburg **hat einfach bei den Unternehmern angefragt, ob sie Arbeit für seine Leute hätten.** — Selbstverständlich haben die Unternehmer sofort mit Ja geantwortet. Sämtliche christlichen Arbeiter wurden daraufhin eingestellt, während in Freiburg die freigewerkschaftlichen Arbeiter auf der Strecke blieben, die erst je nach dem Bedarf wieder Beschäftigung erhalten sollen. Infolge dieses **christlichen Bubenstreiches** mußte der Streik in Freiberg und Weinheim abgebrochen werden, während er in verschärfter Form in den anderen Orten weitergeführt wird. Trotz des christlichen Verrats ist es aber den Unternehmern nicht gelungen, den Lohnabbau vorzunehmen, vielmehr hat der bisherige Tarif noch seine Gültigkeit bis zum 1. Juli. Im übrigen lehrt der Vorgang der Arbeiterschaft aufs neue, daß die **christlichen Gewerkschaften die beste Gefolgschaft der Unternehmer abgeben.**

Speditionsangestellten. In einer am 27. Mai 1921 in der Neuen Philharmonie stattgefundenen Versammlung der Speditionsangestellten wurde nachfolgende Resolution nach gründlicher Aussprache einstimmig angenommen: Die im Zentralverband der Angestellten organisierten Speditionsangestellten Groß-Berlins empfinden die Nichtbewilligung ihrer bescheidenen, den heutigen Zeitverhältnissen durchaus entsprechenden Forderungen als einen Schlag ins Gesicht. Die von den Vertretern des Lokal-Vereins Berliner Spediteure geschilderte Notlage der Arbeitgeber vermögen sie nicht anzuerkennen. Sie erklären, alle Vorbereitungen zur Erkämpfung der zum Lebensunterhalt notwendigen Gehälter dadurch zu treffen, daß sie mit aller Macht durch Aufklärung der Angestellten die einheitliche Kampffront schaffen wollen, die im entscheidenden Augenblick, den sich die Angestellten aussuchen werden, den Sieg der Angestelltenschaft gewährleistet.

Verbindlichkeits-Erklärung. Der am 1. November 1920 zwischen der Vereinigung Groß-Berliner Wurst- und Fleischkonservenfabrikanten und dem Zentralverband der Fleischer abgeschlossene Tarifvertrag für die Gesellen in Wurst- und Fleischkonservenfabriken ist vom Reichsarbeits-Ministerium für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt am 1. Februar 1921 und erstreckt sich auf das Gebiet der Einheitsgemeinde Berlin.

Gewerkschaftsversammlungen

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mittwoch, 1. Juni. **Mitgliederversammlung Oranienburg,** Rest. Reichshof, Bernauer Straße 38, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung. — **Spandau,** Rest. Zum Stern, Potsdamer Straße 35, abends 7½ Uhr. — **Mitgliederversammlung Westen,** Rest. Nationalhof, Bülowstraße 37, abends 7½ Uhr. — Donnerstag, 2. Juni. **Mitgliederversammlung Norden IV,** Rest. Zum Hubertus, Bornholmer Straße 89, abends 7 Uhr. — **Mitgliederversammlung Charlottenburg III,** Rest. Deutsches Haus, Windscheidstraße 39, abends 7½ Uhr. — **Mitgliederversammlung Nordwest I,** Schulaula, Zwinglistraße, abends 7½ Uhr. — **Mitgliederversammlung Steglitz,** Rest. Zum Althoff, Althoff-, Ecke Körner Straße, abends 7½ Uhr. — **Mitgliederversammlung Wilmersdorf,** Rest. Augustahof, Augustastraße 1, abends 7½ Uhr.

Parteiveranstaltungen

Mittwoch, 1. Juni

18. Distrikt. Die Elternbeiräte beteiligen sich an der Vollversammlung der Elternbeiräte des 3. Verwaltungsbezirks abends 7 Uhr in der Aula, Pankstraße 47. Tagesordnung: „Der Schulaufruf des Oberstadtschulrats Paulsen".

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Berichtigung: Die Referentenzusammenkunft findet nicht heute, sondern **morgen Donnerstag** statt.

Donnerstag, 2. Juni

15. Verwaltungsbezirk (Treptow, Baumschulenweg, Ober- und Niederschöneweide, Adlershof, Johannisthal, Alt-Glienicke). Abends 7½ Uhr bei Weber, Niederschöneweide, Brückenstraße 17, Distriktskonferenz. Distriktsvorstand, Abteilungsvorstände, Gruppenleiter und Abgeordnete, ferner die Mitglieder der Bildungskommission. Die Abteilungen haben pünktlich zu erscheinen; Distriktsvorstände eine Stunde früher.

Freitag, 3. Juni

19. Distrikt. Abends 7 Uhr im Restaurant „Zum Bankgrafen" in Karow öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Kommunalpolitik". Referent: Wilhelm Kubig, Bürgermeister des 19. Verwaltungsbezirks.

Vereinskalender

Beratungsstelle für Invaliden-, Unfall-, Alters-, Witwen- und Armenrentner im Rathaus, Zimmer 296, 2½ Treppen. Sprechzeit 3—5 Uhr täglich.

Donnerstag, 2. Juni

Zentralverband der Invaliden. Abends 6 Uhr öffentliche Versammlung in der Aula des Realgymnasiums, Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 208—210.

Transportarbeiter-Verband. Betriebsräte und Obleute der Sektion 7 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes nachmittags 4½ Uhr im Lokal von Schirm, Charlottenstraße 7/8, Versammlung. Wahl eines Delegierten zur Reichskonferenz.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen. Abends 7 Uhr (Lokal wird in der Morgenausgabe bekanntgemacht) Vertrauenspersonenversammlung.

Freitag, 3. Juni

Zentralverband der Invaliden und Witwen. Nachm. 5 Uhr Bez. Charlottenburg, Schulaula Goethestr. 22.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Betriebsräte der Sektion 4, Kraftfahrer. Abends 7 Uhr Engelufer 15, Zimmer 43. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Betriebsrätekonferenz des Transportarbeiter-Verbandes.

Zentralverband der Töpfer. Abends 6 Uhr Mitgliederversammlung bei F. Wilke, Sebastianstr. 39. Tagesordnung: Das Verhalten der Kollegen bei der Stadtbaugesellschaft Neukölln.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Engelufer 15, Versammlung der Stepperinnen der Haus- und Filzschuhindustrie. Tagesordnung: Die Forderungen der Stepperinnen und das Verhalten der Fabrikanten.

Deutscher Werkmeister-Verband, Bezirk Berlin 11. Abends 7 Uhr im Vereinslokal, Frankfurter Allee 313, Versammlung.

Sonnabend, 4. Juni

19. Verwaltungsbezirk. Kommunale Kommission. 6½ Uhr im Pankower Rathaus (Sitzungssaal) Vollversammlung. Alle Genossinnen und Genossen, die sich zur Mitarbeit gemeldet haben, müssen erscheinen. Tagesordnung: Vortrag der Genossin Frau Dr. Wegl über Wohlfahrts- und Armenwesen.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gewerkschaftl.: Gerhart Seger, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Für das Jugendamt des Bezirksamts 14 (Neukölln) wird ein

Jugendpfleger

gesucht. Nachweis gründlicher Erfahrungen auf dem Gebiete der körperlichen und geistigen Jugendpflege sowie Kenntnis der lokalen Verhältnisse Vorbedingung. Gehalt 10200—14500 M. nebst Ausgleichszuschlag und Kinderbeihilfen nach staatlichen Sätzen. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind bis zum 8. Juni 1921 einzureichen.

Neukölln, 26. Mai 1921.
Bezirksamt 14 (Neukölln).

Achtung! Händler!

Seifen, Doppelriegel, Seifenpulver, Toilettenseife, Faßseife, Lanolin, Persil, Fein- und Stücken-Soda, Streichhölzer, Urbin, Nigrin

Billigste Bezugsquelle auch Sonntags geöffnet Huth, Brunnenstr. 169

Altmetalle Ankauf Nollendorfstr. 39

Metallbetten, Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polster an jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Wanderkarten

für alle Gegenden erhält man in der

Buchhandl. „Freiheit", Breite Str. 8-9

Botenfrauen stellt sofort ein Spedit. Johannisstr. 9 (Ecke Artilleriestr.)

Annahme in allen Speditionen des Verlages. — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Ueberschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto; Stellengesuche: Ueberschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

Verkäufe

Anzüge, hochelegant, infolge ungewöhnlich günstiger Stoffgroßkäufe 400.— M. Extraanfertigen! Werkstatt Elsasser Straße zwanzig, hochparterre.

Feis & Co., Potsdamer Str. 56 I, Beleuchtung, Kronen, Gas, elektrisch billig. Kein Laden. Zahlungserleichterung.

Staunenerregend! Kreuzfüchse 85.—, Rotfüchse 75.— Mark an, Alaskafüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Keine Lombardwaren! Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Gegen Ratenzahlung verkaufe Kostüme, Mäntel, Bettwäsche, Damenwäsche, Steppdecken, Diwandecken, nur prima Qualitäten, zu allerbilligsten Preisen. Max Josephsohn, An der Spandauer Brücke 9 III, Bahnhof Börse, kein Laden.

Restehaus Pelz, Kottbuser Straße 5. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterstoffe. Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Kostüme, Röcke sehr preiswert.

Günstige Kaufgelegenheit. Selbstgefertigte elegante Herrenanzüge 260.—, Jünglingsanzüge 195.—. Ruß, Wilhelmstraße 40 a, Kochstraßenecke.

Räderweidlich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weidlich, Brunnenstr. 96 (Humboldt 874).

Tapeten, Wachstuche, Dauerwäsche verkauft Egillat, Koloniestraße 9.

Bettwäsche billigst, ca. tausend Garnituren werden wegen baulicher Veränderung der Lagerräume fast zum Selbstkostenpreis abgegeben. Deckbetten 39.—, Kissen 11.—, Laken 20.50. Nur solange Vorrat. Lagerbesichtigung durchaus lohnend. Fahrtvergütung. Bettwäschefabrik Puttkamer Straße 1, Ecke Wilhelmstraße.

Handwagen. Handels-, Kasten-, Leiterwagen, Magazinkarren, Einzelräder, Achsen, Buchsen, billigst Fabrik Dresdener Straße 55.

Möbel

Kleiderschrank, Spiegelspind, Spiegel verkauft Unholz, Koloniestr. 31.

Teilzahlung Einzelmöbel, ganze Wirtschaften, kulante Bedingungen, Möbelhansa, Elberfelder Straße 5.

Schlafzimmer, eiche, nußb., weiß, 3450.—, Stube gebraucht, Küchen 575.—, prima Emaillelack. Zahlungserleichterung. Auktionsspeicher Badstraße 31.

Chaiselongues 100.— Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett. Meicke, Augustastr. 72a. Oogh.

Möbelkredit, bequemste An- und Abzahlung, große Auswahl, komplette Zimmer, einzelne Möbel, moderne Küchen. Rath, Elsasser Straße 44, I, Oranienburger Tor.

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34.

Chaiselongues 200.— bis 575.—, Umbauplüschsofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 110.—. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Fahrräder

Fahrradankauf Lindenstraße 19.

Kaufgesuche

Sämtliches Elektromaterial kauft Einkaufszentrale Fennstraße 52. Moabit 6934.

Schallplatten, Walzen, alte, kauft Metallkontor, W. John, Alte Jakobstr. 188, Hallesches Tor.

Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Posten. Farbenkeller, Linienstraße 170 a (Rosenthaler Platz). Norden 5053.

Zu kaufen gesucht „Hilferding" „Das Finanzkapital", Broschiert oder gebunden. Angebote an die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Werkzeuge und Maschinen

Elektromaterial. Glühlampen, Schalter, Fassungen, Steckdosen, Seiden-, Baumwoll- und Emailledrähte, Baumwoll-, Oelleinenband und Oelleinen kauft Oberzig, Pankstraße 8.

Boschkerzen, alte, dreipolige, Kugellager kauft Autosenker, Oderberger Str. 1.

Jeder Genosse kommt einmal in die Lage inserieren zu müssen. Denke dann an die „Freiheit"

Elektroporzellan! Isolatoren Rollen usw. Dynamo u. Spulendrähte Pasternak, Neanderstr. 26 (Moritzplatz 1523).

Kugellager, Auto-Fahrradteile, höchstzahlend Mechanische Werkstatt, Reinickendorfer Straße 93.

Ansiedelungen

Basdorf-Wandlitz, Acker u. Wald, Quadratrute 15 und 30, Anzahlung 100 Mark. Hülsen, Steglitz, Dieuvillestr. 11, Fernsprecher 2834.

Parzellen, günstige Lage, verkauft billig Steuereinnehmer Werner, Bahnhof Strausberg, Constantinstraße 7.

Geld-Verkehr

Betriebskapital, Gelddarlehen, Ratenrückzahlung, Richter, Ritterstraße 100.

Sofort Geld auf Wertsachen, Brillanten, Wäsche, Pfandscheine, Rückkaufsrechte, Schulz, Danziger Straße 69 (an der Prenzlauer Allee).

Verschiedenes

Wanderfreund, der Parteigenosse sein muß und sich ernsthaft für die Natur interessiert, Mandoline fertig spielt, im Alter von 20—25 Jahren gesucht. Zuschriften an M. Wolff, Berlin, Andreasstr. 17, II.

Richter, ehemaliger, gewissenhaft. Rechtsbeistand. Lothringer Straße 47. (Rosenthaler Platz.)

Born, Reichenberger Str. ..., verkleinert Leinenkragen.

Erwerbstätige Frauen! Verlangt den Aufruf von Luise Zietz, „Willst du arm und unfrei bleiben?" (30 Pfg.), gegen Einsendung von 40 Pfg. von der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Wanderfreunde finden die schönsten Fahrten und Wanderungen in dem Buch von Paul John „Ueber See und Heide". Geschmackvoll gebunden 8.— Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Brockhaus-Konversationslexikon, 14. (letzte) Auflage in 17 Halblederbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin, Breite Str. 8-9.

Der richtige Weg für Angebot u. Nachfrage sind die Kleinen Anzeigen der Freiheit.